

Anlage zum Antrag vom: _____

Antragstellende Gemeinde/Verwaltungsverband:

I. Antragsteller:

1. Nimmt die Gemeinde/der Verwaltungsverband gemäß § 2 Abs. 1 und 2 SächsMG die Aufgaben der Meldebehörden wahr?

Ja

Nein

2. Welches Einwohnermeldeverfahren (EWO-Verfahren) wurde durch die Gemeinde/den Verwaltungsverband bisher eingesetzt?

3. Förderantrag bezieht sich auf die

Förderphase 1 (2005) und/oder

Förderphase 2 (2006)

4. Finanzplan mit Zeitschiene liegt dem Antrag bei

Ja

Nein

II. Zuwendungsvoraussetzungen:

1. Verfügt die Gemeinde/der Verwaltungsverband über einen KDN-Anschluss?

Ja

Nein

2. Wird das Melderegister spätestens ab 1. Januar 2007 bei Nutzung des KDN selbst oder durch einen Dritten im Wege der Datenverarbeitung im Auftrag ab 1. Januar 2007 im KDN betrieben?

Ja

Nein

3. Fallen die Ausgaben im Rahmen der fristgemäßen Realisierung der technischen Vorgaben des Melderechtsrahmengesetzes und der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung an?

Ja

Nein

4. Fallen die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Wechsel des EWO-Verfahrens an?

Ja

Nein

5. Nachweis der Notwendigkeit des Wechsels des EWO-Verfahrens/Begründung des Wechsels:

5.1 Verbindliche Eigenerklärung des EWO-Verfahrenanbieters bezüglich der Realisierung der technischen Standards OSC I X Meld und OSC I Transport gemäß den Vorgaben des Melderechtsrahmengesetzes und der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung zum 30. Juni 2006 wurde durch die Meldebehörde angefordert?

Ja

Nein

Anforderung erfolgte zum Termin: _____

5.2 Verbindliche Eigenerklärung des EWO-Verfahrenanbieters, ob die technischen Standards OSC I X Meld und OSC I Transport gemäß den Vorgaben des Melderechtsrahmengesetzes und der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung zum 30. Juni 2006 implementiert werden, liegt vor?

(dem Antrag beilegen)

Ja

Nein

Begründung für den Wechsel des EWO-Verfahrens:

6. Ist die Gemeinde/der Verwaltungsverband wirtschaftlich in der Lage, die technischen Vorgaben des Melderechtsrahmengesetzes und der Ersten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung fristgemäß bis zum 31. Dezember 2006 zu realisieren?

Ja

Nein

Begründung:

7. Die Gemeinde/der Verwaltungsverband ist gemäß § 72 Abs. 4 oder 5 SächsGemO zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet oder hat bereits ein Haushaltssicherungskonzept (gemäß § 72 Abs. 4 oder 5 SächsGemO) aufgestellt, und die Verpflichtung zur Aufstellung nach § 72 Abs. 4 oder 5 SächsGemO liegt noch vor.

Ja

Nein

III. Beantragter Fördergegenstand:

Für welchen Gegenstand beantragen Sie eine Förderung?

1. Förderung zur Entwicklung eines Umsetzungskonzeptes zur Einführung eines neuen Einwohnermeldeverfahrens:

Ja

Nein

- 1.1 Mindestens drei Angebote für die Erstellung eines Umsetzungskonzeptes zur Einführung eines neuen Einwohnermeldeverfahrens liegen vor?
(dem Antrag beilegen)

Ja

Nein

- 1.2 Das wirtschaftlichste Angebot wurde favorisiert.

Ja

Nein

2. Förderung des Anschlusses an ein zentrales Einwohnermeldeverfahren oder der Anschaffung eines neuen Einwohnermeldeverfahrens:

Ja

Nein

2.1 Mindestens drei Angebote für den Anschluss an ein zentrales Einwohnermeldeverfahren oder die Anschaffung eines neuen Einwohnermeldeverfahrens liegen vor?
(dem Antrag beilegen)

Ja

Nein

2.2 Das wirtschaftlichste Angebot wurde favorisiert.

Ja

Nein

3. Förderung für die Neubeschaffung von Arbeitsplatz-Computern, die aufgrund des Wechsels des Einwohnermeldeverfahrens notwendig wird, sofern die in den Meldebehörden vorhandenen Geräte älter als fünf Jahre sind:

3.1 Technische Daten (Leistungsklasse) der bislang verwendeten Arbeitsplatz-Computer:

3.2 Ist die Neuanschaffung der Arbeitsplatz-Computer aufgrund des Wechsels des Einwohnermeldeverfahrens notwendig?

Ja

Nein

3.3 Sind die bislang im Meldewesen eingesetzten Arbeitsplatz-Computer älter als fünf Jahre?

Ja

Nein

Begründung:

3.4 Mindestens drei Angebote für die Neubeschaffung von Arbeitsplatz-Computern liegen vor?
(dem Antrag beilegen)

Ja

Nein

3.5 Das wirtschaftlichste Angebot wurde favorisiert.

Ja

Nein

4. Förderung der aus Nummer 2 resultierenden Ausgaben für die Migration der Daten:

4.1 Mindestens drei Angebote für die Realisierung der Migration der Daten liegen vor?
(dem Antrag beilegen)

Ja

Nein

4.2 Das wirtschaftlichste Angebot wurde favorisiert.

Ja

Nein

5. Förderung für den **Erstanschluss** an das Kommunale Datennetz (KDN) als Grundlage der Kommunikation der Meldebehörde.

Ja

Nein

5.1 Anschluss an das KDN wird zum _____ erfolgen.

Ort, Datum

Unterschrift und Dienstsiegel